

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 15.09.2009

Zukunft der Pflege in Niedersachsen sichern und sozial gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In den vergangenen Wochen und Monaten mehrten sich negative Botschaften aus dem Bereich der Pflege in Niedersachsen. Obwohl ein sukzessiv steigender Bedarf der Pflege von kranken und alten Menschen zu verzeichnen ist, hat sich die Situation für die traditionellen Anbieter in diesem Arbeitsbereich, die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sowie Kommunale Träger, drastisch verschlechtert. So wurden in diesem Jahr fünf Pflegeheime der Caritas in Hannover insolvent. Ihr Verkauf an das Evangelische Johannisstift war mit empfindlichen Lohneinbußen für die Beschäftigten verbunden, die ohnehin einem Berufsfeld angehören, in dem die Einkommen besonders gering sind. Auch die Arbeiterwohlfahrt bekundete in diesem Sommer, dass ihnen in der Pflege „das Wasser bis zum Hals“ stehe und es heißt weiter: „Altenpflege in Niedersachsen ist eine sozialpolitische Katastrophe.“

Ein wesentlicher Grund dieser drastischen Situation ist darin zu finden, dass die Pflegesätze in Niedersachsen besonders niedrig sind. Sie liegen rund 20 % unter dem Bundesdurchschnitt. Im westdeutschen Vergleich liegt der Unterschied bei der Pflegestufe III bei gut 500 Euro (Hamburg) und über 600 Euro (Nordrhein-Westfalen). Auf den ersten Blick könnte aus Perspektive der pflegebedürftigen Menschen der Eindruck entstehen, dass sie in Niedersachsen aufgrund der niedrigeren Zuzahlung besser gestellt sind. Aber die monatlich bis zu 600 Euro weniger für einen Pflegeplatz bedeuten eben auch, dass mittelfristig die Qualität der Pflege in Niedersachsen infrage zu stellen ist. Ähnliches gilt für die Unterschiede in den anderen Pflegestufen.

Ein weiterer Grund für die massiven Probleme der Pflege Träger liegt in der faktischen Konkurrenz zwischen „alten“ und „neuen“ Trägern begründet. Diese entspricht zugleich der Konkurrenz zwischen tarifgebundenen und nichttarifgebundenen Einrichtungen. Zu den Folgen dieser Konkurrenz gehören ein starker Druck auf den Personalschlüssel, eine Leistungsverdichtung und ein Konkurrenznachteil für die tarifgebundenen Betriebe bezüglich des Anwerbens erfahrener Leitungskräfte, die auf dem Arbeitsmarkt zunehmend rarer werden. Die Möglichkeiten für übertarifliche Entlohnung einzelner Pflegeleitungskräfte ergeben sich dabei aus der untertariflichen Entlohnung von anderen Arbeitskräften, vornehmlich den Pflegehilfskräften.

Mit der Novellierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 wurde der Mindestlohn in der Pflege zwar beschlossen, ist aber noch immer nicht ausgehandelt. Zudem ist aufgrund des Verhandlungsstandes davon auszugehen, dass er nicht in einer Höhe von über 10 Euro abgeschlossen wird, wie es von verschiedenen Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege eingefordert wurde. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass eine hohe Fluktuation in den Pflegeberufen zu konstatieren ist. Die Anzahl der Berufswechsler ist hoch und manche Pflegekräfte wandern aufgrund besserer Rahmenbedingungen ins Ausland ab. Für Jugendliche/Berufseinsteigerinnen und -einsteiger fehlen - vor dem Hintergrund der Gesamtkonstellation - Anreize, diesen Beruf zu ergreifen.

In der genannten Konkurrenzsituation konnten sich die jüngeren privatwirtschaftlichen Träger offenkundig gut etablieren: Inzwischen werden nahezu 60 % aller niedersächsischen Einrichtungen unter privater Trägerschaft geführt. Die rigiden Sparmaßnahmen, zu denen insbesondere die tarifgebundenen Pflege Träger gezwungen sind, betreffen neben der Personal- und Betreuungsdichte auch die Investitionen in die Gebäude und in die räumliche Gestaltung. Allerdings sind Pflegeheime

nicht allein Orte der Versorgung, sondern auch der Wohnraum und Lebensmittelpunkt pflegebedürftiger Menschen. Auch hier ist abermals ein Konkurrenznachteil für die alten Träger auszumachen, da ihre Gebäude nebst Inventar durchschnittlich deutlich älter sind, als die der privaten Anbieter. Hinzu kommt, dass das Land seinen Investitionsverpflichtungen nur unzureichend nachkommt.

Ob in der stationären oder ambulanten Pflege: Die Probleme, die unter dem dominierenden Gesichtspunkt der Kostenminimierung verursacht werden, nehmen immer mehr zu. So beispielsweise auch in der ehrenamtlichen, wie hauptamtlichen Betreuung von Familien mit einem demenzerkrankten Familienmitglied.

Der Landtag stellt fest:

1. Niedersachsen befindet sich auf den Weg in einen gefährlichen Pflegenotstand auf differenten Ebenen: steigender Fachkräftemangel, verschlechterte Rahmenbedingungen für die Pflegeberufe und ein Qualitätsabbau für Pflegeversicherte.
2. Die Privatisierungswelle hat zur Benachteiligung der alten Pflegeträger geführt, die existenzielle Ausmaße angenommen hat.
3. Die allgemeine Entwicklungstendenz zum Pflegenotstand in Deutschland ist durch die vergleichbar niedrigen Pflegesätze in Niedersachsen besonders evident.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

1. eine Abfrage/Evaluation in den niedersächsischen Kommunen durchzuführen, die eine möglichst umfassende Übersicht der einzelnen Pflegeträger bezüglich qualitativer und quantitativer Aspekte erstellt. Etwa: Anzahl der ambulant betreuten Personen sowie der stationär versorgten Bewohnerinnen und Bewohner mit welchen Pflegestufen, Anzahl und Qualifikation der Beschäftigten, Personalfuktuation, Ausmaß und Anzahl von Fällen gefährlicher Pflege, Überlastungsanzeigen des Pflegepersonals, Beschwerden der Pflegebedürftigen und/oder ihrer Angehörigen,
2. einen runden Tisch unter der Überschrift „Zukunft der Pflege in Niedersachsen“ zu initiieren, an dem alle beteiligten Gruppen (Pflegekassen, Pflegeträger, Vertreterinnen und Vertreter der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Landesregierung) über die bestehenden Probleme mit der Zielsetzung diskutieren, sich über Einzelschritte zur Verbesserung der Situation in der niedersächsischen Pflege zu verständigen,
3. ihrer Verpflichtung im Bereich der Investitionen der Pflegeeinrichtungen adäquat nachzukommen und gegebenenfalls Rückstände zu begleichen,
4. finanziell angeschlagenen nichtprivaten Pflegeträgern kurzfristige materielle Hilfen zur Unterstützung anzubieten (z. B. zinslose Darlehen),
5. eine Bundesratsinitiative zur Reform der Pflegeversicherung zu initiieren, die alle Einkommensformen zur Einzahlung einbezieht und damit das Einnahmeproblem der Pflegekassen deutlich verringert bzw. löst (steuerfinanziertes Modell respektive Bürgerversicherung).

Begründung

Ein gefährlicher Pflegenotstand ist, wenn nicht umgehend gehandelt wird, für Niedersachsen mittelfristig absehbar. Es bedarf zunächst einer offenen Bestandaufnahme. Der sogenannte Pflege-TÜV ist hierfür trotz Nachbesserungen als Instrument ungeeignet. Das größte Manko besteht darin, dass die Prüfkriterien nicht gewichtet sind, sodass Mängel, die direkt die Pflege betreffen, mit weniger bedeutenden Kriterien ausgeglichen werden können.

Den Risiken eines Fachkräftemangels, sowie eines sukzessiven Qualitätsabbaus der Pflege in Niedersachsen muss umgehend entgegen getreten werden. Daneben ist zu berücksichtigen, dass einzelne Träger der Freien Wohlfahrtspflege zunehmend in ihrer Existenz bedroht sind. Aufgrund der bedeutenden Rolle, die diese Einrichtungen als staatsferne Non-Profit-Organisationen in der

Gestaltung, Durchführung und Konzeptentwicklung des Sozialwesens unserer Gesellschaft spielen, ist diese Entwicklung nicht hinnehmbar. Es ist die Aufgabe der Politik hier steuernd einzugreifen.

Dass pure Kostenorientierung mittel- und langfristig nicht immer tatsächlich auch die Kosten senkt, hat eindrücklich das Beispiel der AOK zum Thema Inkontinenzeinlagen gezeigt: Wenn nur die Frage nach dem Preis und nicht auch die Fragen nach Kompetenz und Qualität den Ausschlag für Entscheidungen prägt, ist das nicht nur zum Nachteil der Pflegebedürftigen, sondern auch mit Folgekosten verbunden, die die ursprünglich eingesparten Kosten deutlich übersteigen können. Die Qualität der Pflege hat ihren Preis, der Mangel an Qualität indes auch.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin